

Kolumne, 1.08.2011

© Dr. Sabine Schiffer

Hausaufgaben statt Schubladen

Oslo mahnt – wir brauchen Aufklärung, nicht Überwachung

Wie sollte man jetzt nicht über Norwegen schreiben? So eine grausame Untat und der Terrorist ist einer „von uns“. So selbstkritisch letzteres bereits klingt, es setzt die Einteilung in Wir und Ihr fort. Es wird dem bunten Zeltlager auf der Ferieninsel Utoya nicht gerecht, wo die viel diskutierte Multikulturalität existierte. Der konservative Täter irritiert. Zunächst, weil viele ihn nicht erwartet haben, und auch, weil er seinen Rechtsextremismus durch einen Trick tarnt: er gibt sich philosemitisch. Dies entspricht dem rhetorischen Trick der islamophoben Blogger wie Parteien, auf die sich der Mörder der politischen Avantgarde beruft und die sich ebenso als "pro-israelisch" und "pro-Verfassung" inszenieren.

Und statt sich nun kritisch mit der Szene und deren Hassreden auseinanderzusetzen, vernimmt man schnell wieder die gewohnten Vorschläge aus den Schubladen von Ministerium und BKA nach mehr Kontrolle und Sicherheit mitsamt der Überwachung des Internets. Fragt sich nur, nach welchen Kriterien da überwacht werden soll? Der Verfassungsschutz hat die rechtspopulistischen Gruppierungen in ihrer Problematik nach wie vor nicht durchschaut. Hier scheint eine Fortbildungsmaßnahme notwendig.

Das Gebot der Stunde ist also vielmehr die Anwendung allgemein gültiger Rechtsstandards auch auf diese Szene. Demokratie und Meinungsfreiheit können durch die Ächtung von Missbrauch gestärkt werden sowie durch die Abschaffung doppelter Standards. Auf die Berichterstattung mag man schon gar nicht mehr hoffen, denn allzu schnell ist die Bezeichnung „Terrorist“ durch ein anderes Wort ersetzt worden, nachdem dieser doch kein Muslim war.

Aus dem Feindbild Islam könnte nun ein Feindbild Internet werden. Das World Wide Web verkörpert Freiheit und Äußerungsmöglichkeiten, die es in der Asymmetrie der großen Medien und Politik nicht gibt. Aber auch im Netz gibt es Asymmetrie. Diese ist nicht nur technischer Natur, sondern auch mit der Finanzausstattung gekoppelt. Ein Hetz-Blog wie Politically Incorrect, das sich eine teure Balancing-Software leistet, wirft Fragen auf, die unsere Gesetzeshüter klären könnten. Jedoch ist auch das Netz nur ein zusätzlicher Raum zum Real Life und war nie rechtsfrei. Allerdings fehlen internationale Absprachen unter Gesetzgebern. Die Regelbestimmung wird bisher Unternehmen wie Google (= Youtube, Blogspot u.a.) & Co. überlassen.

Die Unternehmen bieten die Möglichkeit, Missbrauch zu melden, und hier kann jeder

Nutzer Verantwortung übernehmen. Allerdings gibt es auch hier Asymmetrien, warum ein Thomas Schmid etwa erfolgreicher ist andere, wenn es um die Schließung ihm unliebsamer Blogs geht. Darüber hinaus, sind natürlich weder die Unternehmen noch die Polizei vor kampagnenartigen Denunziationen gefeit. Was soll also verfolgt werden? Was ist justiziabel? Was fällt unter die Meinungsfreiheit?

In Deutschland gibt es dafür klar definierte Regeln etwa in den Paragraphen 130 und 202 StGB. Sie sollten angewandt werden, so wie Urheberrechtsverletzungen – zumindest dann, wenn es die Marktanteile großer Firmen betrifft – auch verfolgt werden. Das Internet als demokratisches Mittel wäre dadurch zu stärken, indem man den Missbrauch der Freiheit ahndet: So könnte gegen Verleumdung, Hetze und Stalking, selbst wenn hier anonym operiert wird, vorgegangen werden, wenn man die Netzunternehmen dann zur Herausgabe der Verbindungsdaten verpflichtet, wenn konkrete Anzeigen vorliegen. Aber die konkrete Verfolgung von Straftaten ist personalaufwändig und da scheinen andere technische Kontrollmittel verführerischer.

Das Medium ist unschuldig – es wird benutzt und ist das, was Menschen daraus machen. Wie beim Fernsehen haben sich die Hoffnungen, dass mehr Gleichheit für alle zu mehr Gerechtigkeit führe, zerschlagen. Auch im Netz setzt sich die soziale Schere fort, ja wird sogar noch vergrößert. Aber zunächst einmal bietet es viel mehr Menschen die Möglichkeit, aktiv zu gestalten und sich sogar effektiver zu vernetzen und zu organisieren, bis jemand den Strom abschaltet. Dass von politischer Seite vielleicht gar kein so großes Interesse an derlei basisdemokratischen Aktivitäten besteht, würde nicht wirklich verwundern. Der Meinungsstreit hat sich also verlagert und wesentlich verschnellert – seiner Qualität tut das nicht gut. Dies weist auf das ebenso vorhandene antidemokratische Potential auch der neuen Medien hin. Und die Unterhaltungsindustrie könnte der Verbündete der politischen Klasse sein.

Hingegen hatte Norwegens Ministerpräsident Stoltenberg ganz klar in die andere Richtung gewiesen: Mehr Demokratie und Offenheit hat er angekündigt – entgegen seinen Amtskollegen in Deutschland und Europa.